



Strategischer Dialog zur Zukunft der EU-Landwirtschaft

Auslöser, Ziel und Umsetzung

Stefan Meitinger

Mit den folgenden Worten leitete die damalige und nach der Europawahl 2024 im Amt bestätigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen den Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union ein: „Wir müssen zusammen mit den Menschen in der Landwirtschaft diese neuen Herausforderungen bewältigen. Nur so können wir unsere Lebensmittelsicherheit auch in Zukunft absichern. Das heißt, wir brauchen mehr Dialog und weniger Polarisierung. Und aus diesem Grund möchten wir einen Strategischen Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union starten. Denn ich bin und bleibe davon überzeugt, dass Landwirtschaft und Naturschutz zusammengehen können. Beides ist wichtig.“ Hintergrund war ihre Rede am 13. September 2023 vor dem Europäischen Parlament in Straßburg zur Lage der Union. Damit wird deutlich, dass dieser Strategische Dialog keine direkte Reaktion auf die Bauernproteste in ganz Europa war, die erst ab Dezember 2023 und in den folgenden Wochen sowohl in Deutschland als auch in ganz Europa ihren Höhepunkt erreichten. Dennoch wurde der faktische Beginn dieses Dialogs im Januar 2024 auch dadurch in der zeitlichen Umsetzung beeinflusst. Doch was war dann der Auslöser für diesen neu aufgesetzten Dialog?

Der Versuch einer Schadensbegrenzung

Mit Blick auf die vergangene Legislatur (2019 bis 2024) finden sich zwei „prominente“ Kommissionsvorschläge, die zusammen zum Ende der Legislatur am 22. Juni 2024 veröffentlicht wurden: Die ursprünglichen Pläne der EU-Kommission im Rahmen der Sustainable Use Regulation (SUR) hatten massive Einschränkungen im Pflanzenschutz als Hauptbestandteil. Dieser Vorschlag wurde am 22. November 2023 noch vor einem möglichen Verhandlungsstart vom Parlament entschärft und final in Richtung der Kommission zurückverwiesen. Folgerichtig musste dann von der Leyen als Kommissionspräsidentin das Vorhaben komplett zurückziehen. Doch auch das hochumstrittene Gesetz zur Wiederherstellung der Natur (Nature Restoration Law – NRL) hat in der vergangenen Legislatur die Gemüter erhitzt. Bereits im Parlament und im Europäischen Rat hatten viele Beteiligte Vorbehalte, aber auch Verständnisschwierigkeiten aufgrund des großen Umfangs der betroffenen Bereiche. In einem echten Abstimmungskrimi wurde das Trilog-Ergebnis kurz nach der Europawahl durch den Europäischen Rat doch noch angenommen und trat am 18. August 2024 in Kraft. Diese beiden Kommissionsvorschläge stehen sinnbildlich

Die Sicherheit der Ernährungsversorgung ist in Deutschland wie in der gesamten EU wieder in aller Munde. Aber auch der Naturschutz bleibt ein zentrales Anliegen. Der Strategische Dialog zur Zukunft der Landwirtschaft in der Europäischen Union will beides zusammenbringen. Ob und wie das gelingt, wird die neue EU-Kommission zeigen müssen.

Foto: encierro/AdobeStock

für die letzte Legislatur, in der insbesondere in der Landwirtschaft durch handwerklich schlecht gemachte Kommissionsvorschläge, aber auch aufgrund mangelnder Folgenabschätzung viel Verdruss entstand. Zugleich übertrug dies die anfänglichen Proteste der Landwirtschaft schnell auf die Brüsseler Ebene.

Demnach war der Strategische Dialog schon vor den Bauernprotesten angesetzt und sollte die mangelnde Zusammenarbeit insbesondere der EU-Kommission mit dem Landwirtschaftssektor korrigieren bzw. neue Ideen liefern.

Viele Beteiligte am Dialog

Am Dialog selbst, der über sieben Plenarsitzungen andauerte und von Prof. Peter Strohschneider geleitet wurde, waren insgesamt 29 Personen als Vertreter ihrer Institutionen beteiligt. Mit dem Europäischen Bauernverband COPA, dem Europäischen Genossenschaftsverband COGECA, dem Europäischen Arbeitgeberverband im Bereich Landwirtschaft GEOPA-COPA und den Europäischen Junglandwirten CEJA waren vier direkt der Landwirtschaft zugeordnete Personen beteiligt. Hinzu

kamen diverse Verbände des nachgelagerten Sektors, NGOs und Wissenschaftler. Zu den Inhalten wurde strenge Geheimhaltung vereinbart. Kurz vor Vorstellung der neuen Kommission wurde der Bericht des Strategischen Dialogs am 4. September 2024 vom Vorsitzenden Prof. Strohschneider gemeinsam mit der zwischenzeitlich bestätigten bisherigen und neuen Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgestellt.

Eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung soll entstehen

Knapp zwei Wochen danach wurden am 17. September die Kandidaten für die neue EU-Kommission samt ihren sogenannten „Mission Letters“, zu Deutsch „Mandatschreiben“, vorgestellt. Jedem Mitglied der zukünftigen Europäischen Kommission wird der Inhalt des Strategischen Dialogs ans Herz gelegt. Zudem soll der zukünftige Agrarkommissar aufbauend auf den Empfehlungen gemeinsam mit dem Agrarausschuss des Europäischen Parlaments in den ersten 100 Tagen (ab Beginn des neuen Kommissionsmandats) eine Vision für Landwirtschaft und Ernährung ausarbeiten. Damit steht fest, dass die Aufnahme in die Mission Letters der einzelnen Kommissare und die direkte Aufnahme von Inhalten ins Aufgabenportfolio des neuen Agrarkommissars die Bedeutung des Strategischen Dialogs erhöhen sollen.

Wie geht es weiter?

Wie so oft liegen die meisten Fragen im Detail. Die Deutung der Ergebnisse hat begonnen und jede Seite liest sie anders und in ihrem Sinne. Aus dem versprochenen großen Dialog ist im Anschluss eine eher handfeste Diskussion auf dem Brüsseler Parkett geworden, wie man die Ergebnisse nun deuten soll. Die von den unterschiedlichsten Seiten beanspruchte Deutungshoheit in Sachen Agrardialog zeigt, wie kontrovers die Thematik Landwirtschaft bleibt. Oft liegt der Teufel im Detail, der im Agrardialog bewusst ausgespart wurde, um überhaupt einen Konsens zu erreichen. ➔



Die deutschen Bauernproteste Ende des Jahres 2023 und zu Beginn des Jahres 2024 waren zwar nicht der unmittelbare Auslöser des Strategischen Dialogs der EU, aber ein zentraler Einflussfaktor für die zeitliche Umsetzung.

Foto: DBV

Sustainable Use Regulation (SUR) – darunter die pauschale Pflanzenschutzmittelreduktionsstrategie – und Nature Restoration Law (NRL) stehen sinnbildlich für handwerklich schlecht gemachte Kommissionsvorschläge in der letzten Legislaturperiode. Foto: Jerzy Górecki/pixabay

Der DBV wird auch aufgrund der nationalen Erfahrungen mit der Zukunftskommission Landwirtschaft das gesamte Mandat sowie die Auslegung des Strategischen Dialogs kritisch begleiten.



EU-Kommissionsvorschläge: Was bleibt und was kommt?

Welche Kommissionsvorschläge aus dem letzten Mandat befinden sich bereits in der nationalen Umsetzung? Welche Vorschläge der letzten Legislatur werden noch weiterbearbeitet und welche Vorschläge sind schließlich von der neuen Kommission zu erwarten?

Abgeschlossene Initiativen in der nationalen Umsetzung

- Industrieemissionsrichtlinie (Industrial Emissions Directive – IED) – Beratungen zur Bestimmung der „bestverfügbaren Technik“ im sogenannten „Sevilla-Prozess“ sind angelaufen und sind relevant für Geflügel- und Schweinehalter, die unter die neuen niedrigeren Schwellenwerte fallen
- Naturwiederherstellungsgesetz (Nature Restoration Law – NRL) – in sogenannten „nationalen Wiederherstellungsplänen“ sollen die EU-Mitgliedsstaaten gegenüber der Kommission darlegen, wie sie die Pläne z. B. im Bereich Moorvernässung umsetzen
- Entwaldungsverordnung (EU Deforestation Regulation – EUDR) – viel diskutierte Verordnung, die eigentlich am 30.12.2024 starten soll, für die jedoch von vielen Seiten aufgrund der Bürokratie für heimische Sojaanbauer, Rinderhalter und Waldbesitzer eine Verschiebung und Überarbeitung gefordert wird: Ausgang unklar

Auswahl noch offener Kommissionsvorschläge

- Bodenüberwachungsgesetz (Soil Monitoring Law – SML) – die Positionen aller Seiten stehen und der Trilog kann beginnen. Trotzdem besteht die Grundsatzfrage, ob das Bodenüberwachungsgesetz grundsätzlich nötig ist. Verbesserungen wurden im parlamentarischen Prozess z. B. durch differenzierte Betrachtungen des Bodens bereits erreicht
- Tiertransportverordnung (Animal Transport Regulation) – Diskussionen in Parlament und Mitgliedsstaaten erst am Anfang. Kann als Testballon für weitere Gesetzgebungen im Tierbereich gesehen werden. Inhalt ist sehr technisch und sieht große Einschränkungen für Tiertransporte vor
- Neue Züchtungsmethoden (New Genome Techniques – NGT) – weiter keine Mehrheit unter den Mitgliedsstaaten für eine gemeinsame Position, wobei hier auch keine Änderung auf die Schnelle zu erwarten ist

Welche Kommissionsvorschläge im neuen Mandat kommen (können)

- Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) nach 2027 – Festlegung des Finanzrahmens (Haushalts) für die Europäische Union ist für die Dauer von sieben Jahren ausgelegt und gibt damit

wesentliche Rahmenbedingungen z. B. für die Gemeinsame Agrarpolitik vor. Zentrale Frage, wie Forderungen aus dem Strategischen Dialog nach einem Transaktionsfonds und einem Fonds zur Wiederherstellung der Natur zusätzlich zur GAP und zu allen anderen Aufgabenfeldern finanziert werden sollen

- Kommissionsvorschlag zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) nach 2027 – nach der GAP ist vor der GAP. „Kampf der Systeme“ aller Beteiligten mit vielen Vorschlägen/Ideen. Prozess erst am Anfang
- EU-weites Benchmarking-System im Agrar- und Lebensmittelsektor – wurde aus dem Strategischen Dialog direkt als Aufgabe für den neuen Agrarkommissar übernommen
- Wasserresilienz – wurde bereits im letzten Mandat als Thema angedeutet und soll nun konkret angegangen werden mit großer Relevanz für die Landwirtschaft insbesondere im Bereich Bewässerung und Wasserrückhalt
- Lebensmittelverschwendung – offener Punkt, der insbesondere den nachgelagerten Bereich der Landwirtschaft in die Pflicht nehmen würde
- Novelle der Nitratrichtlinie und RENURE – Überarbeitung der Nitratrichtlinie angedacht bzw. Überprüfung läuft. RENURE soll die Aufbereitung von organischen Düngern ermöglichen und im Anschluss deren Einsatz, – ohne sie für die Grenzwerte von 170 kg N/ha für organische Düngemittel anzurechnen – diesen aufbereiteten organischen Dünger könnte man dann wie Mineraldünger nutzen und so die Kreislaufwirtschaft auf den Betrieben verbessern.
- Emissionsminderung in der Landwirtschaft – erste Überlegungen in Form von Studienbeauftragungen an externe Experten, bei denen die Kommission den Emissionshandel präferieren will. Hier gibt es bereits in einer frühen Phase deutlich kritische Rückmeldungen der Bauernverbände und Forderungen nach alternativen Ansätzen kommen auf
- Noch offen aus dem letzten Mandat: Tierwohlgesetzgebung – insbesondere von Tierrechtsorganisationen stark eingefordert, da eigentlich für das letzte Mandat („End the cage age“) angekündigt. Soll nun im Mandat des Kommissars für Gesundheit und Tierwohl (neue Bezeichnung) kommen